

## LEITARTIKEL

### Fortsetzung folgt

**W**er erinnert sich noch an die Spardebatte im Grossen Rat im Jahr 2003? Damals hatte Kommissionspräsident Markus Feltscher eine Pyramide mit grossen farbigen Büchsen auf den Tisch ge-

bracht. Es ist zwar richtig, dass das Parlament bei dieser Frage mitreden kann und – wie im Fall der Sing- und Musikschulen – politische Korrekturen vornimmt, um aber am eigentlichen Räderwerk mit Ressourcen- und Lastenausgleich herumzuschrauben, fehlen den vom Volk gewählten Grossrätinnen und Grossräten schlicht die Kenntnisse und auch die richtigen Werkzeuge.

Weil die von vielen in das Reformprojekt gesteckten Erwartungen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat nicht erfüllt werden können, werden auch

Eines ist nach drei Tagen NFA-Debatte auf jeden Fall klar, ein Grossteil der Miliz-Parlamentsangehörigen war mit dieser Botschaft schlicht überfordert. Dabei war es wohl auch blauäugig zu glauben, das komplexe Geschäft im Rahmen einer ganz normalen Session durchberaten zu können. Eine Sondersession – warum nicht sogar jene extra muros – wäre dafür sicher angebracht gewesen. Ob die Redeschlachten dadurch kürzer geworden wären, muss allerdings stark bezweifelt werden. Denn an den grundsätzlichen Interessenvertretungen hätte auch eine Sondersession nichts geändert.

Klientel oder die ihm nahe stehenden Organisationen im Fokus hat. Die Debatte über die Musik- und Singschulen oder die Bibliotheken waren da ein gutes Beispiel. Weil für diese Interessenvertretung bei viel weitreichenderen Themen wie der Bildung oder dem Sozialbereich – bei denen es um ganz andere Beträge geht – politisch keine Mehrheiten gefunden werden können, bleiben am Schluss nur Enttäuschungen übrig. Die erste Stellungnahme der Geschäftsstelle der Lehrper-



Norbert Waser

sonen Graubünden zur NFA-Debatte ist ein Beispiel dafür. Die ohne Früchte gebliebene Vorarbeit von AvenirSocial im Vorfeld der Debatte ist ein anderes.

Erstaunliche Disziplin zeigte das Parlament bei den Forderungen einzelner von einer Massnahme stark betroffener Gemeinden. Da fand weder der drohende Arbeitsplatzabbau in der Kraftwerksgemeinde Ferrera noch die Hauruck-Aktion zur Rettung des Kantonsbeitrages für das Stadttheater eine Mehrheit. Das stimmt für die Fortsetzung der NFA-Debatte im Puschlav einigermassen zuversichtlich.

Nach den positiven Erfahrungen mit dem Neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kanton wäre eigentlich etwas mehr Vertrauen in die Fachleute in der kantonalen Verwaltung ange-

bracht. Es ist zwar richtig, dass das Parlament bei dieser Frage mitreden kann und – wie im Fall der Sing- und Musikschulen – politische Korrekturen vornimmt, um aber am eigentlichen Räderwerk mit Ressourcen- und Lastenausgleich herumzuschrauben, fehlen den vom Volk gewählten Grossrätinnen und Grossräten schlicht die Kenntnisse und auch die richtigen Werkzeuge.

Weil die von vielen in das Reformprojekt gesteckten Erwartungen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat nicht erfüllt werden können, werden auch

„  
Vielleicht hätte man jedem ein Kässeli aufs Pult stellen müssen  
“

stellt. Der Rat hat diese einfache Botschaft klar verstanden. Wenn zu viele einzelne Büchsen herausgebrochen, sprich einzelne Sparmassnahmen nicht ergriffen werden, droht die ganze Sparübung in sich zusammenzubrechen. Übrig bliebe ein Scherbenhaufen.

Etwas Symbolik, vielleicht ein gelber Schrank mit je einem Postfach für jede Gemeinde, wäre auch bei der Debatte über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden von Vorteil gewesen. Kommissionspräsident Jon Domenic Parolini hätte dann als Postbote die verschiedenen von der Regierung abgeschickten Briefe symbolisch verteilen können. Rote Couverts für jene Leistungen, die den Gemeinden künftig mehr Geld und Verantwortung bringen, blaue Couverts für jene Leistungen,

„  
Eine Sondersession wäre wohl angebracht gewesen  
“

Das Grundproblem bei dieser «Übung» liegt darin, dass angesichts der Komplexität der Materie jede und jeder vor allem seine eigene Gemeinde, seine eigene politische

„  
Auch nach einer zweiten Lesung werden Frustrierte zurückbleiben  
“

nach Abschluss der Debatte und einer absehbaren – und sinnvollen – zweiten Lesung viele Frustrierte zurück bleiben. Ein Referendum ist damit schon fast vorprogrammiert. So wäre es wohl sinnvoller, die Vorlage gleich dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. Wollen Sie die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA) annehmen – Ja oder Nein? Vielleicht hätte man im Grossen Rat auch bloss diese eine Frage stellen sollen.

Fortsetzung folgt ...